

„Städtebauliche Verbesserung nötig“

Die Obdachlosenunterkünfte am Stadtrand sind eines der Aktionsfelder der Ökumenischen Fördergemeinschaft. Geschäftsführer Walter Münzenberger setzt sich seit Langem dafür ein, dort die Lebensbedingungen zu verbessern. Die Ankündigung, dass in dem Brennpunkt neue Sozialwohnungen geplant sind, macht dem 58-Jährigen jedoch Sorgen.

Herr Münzenberger, die Pläne von Sozialdezernentin Beate Steeg (SPD) sind doch eine gute Nachricht für die Bewohner des Viertels und die Helfer vor Ort, oder etwa nicht?

Doch. Wir freuen uns, dass der Beschluss des Stadtrats vom Frühjahr 2017, die Quartiere im Hinblick auf die Gebäude und das Wohnumfeld zu verbessern, nun umgesetzt werden soll. Aber auch die Bewohner sollten früh einbezogen werden und von den Plänen nicht aus der Zeitung erfahren. Das gilt besonders für die Menschen in der Kropsburgstraße, die gern wüssten, was mit ihnen geschieht, wenn die Wohnungen, in denen sie zurzeit leben, abgerissen werden sollen. Dürfen sie dann in die neuen Sozialwohnungen umziehen?

Die Blöcke in der Bayreuther Straße sollen der Verwaltung zufolge saniert werden. Worauf kommt es dabei an?

Der Zuschnitt der Wohnungen spielt eine wichtige Rolle für das Sozialkonzept. Wenn wir künftig keine Zwangswohngemeinschaften mehr wollen, müssen nicht nur neue Heizungen und Bäder eingebaut werden. Gerade in der Bayreuther Straße 89 und 93 müsste ein Großteil der Mehrzimmerwohnungen dann in Einzelapartments mit Duschbädern umgebaut werden. Denn viele Probleme in dem Quartier gründen darin, dass hier Menschen mit unterschiedlichen Problemen auf engem Raum zusammenleben müssen.

Sind die Einweisungsunterkünfte alle belegt?

Die Häuser in der Kropsburgstraße sind zu 70 Prozent belegt. Bei einer Bewohner-Befragung, die wir im Mai durchführten, standen hier von 115 Wohnungen 36 leer. Ende des vergangenen Jahres lebten etwa 700 Menschen in der Bayreuther-, Flur- und Kropsburgstraße. Viele könnten auch



Walter Münzenberger

in reguläre Mietverhältnisse wechseln. Aber derzeit ist in Ludwigshafen kaum günstiger Wohnraum zu finden. Die psychisch kranken Bewohner in dem Quartier brauchen dagegen viel Unterstützung und Begleitung.

Sie legen großen Wert darauf, dass die Bewohner in die Sanierungspläne einbezogen werden.

Ja. Denn wir bekommen viele Probleme dort nicht in den Griff, wenn wir den Leuten signalisieren, dass sie selbst schuld daran sind. Im Gegenteil. Um Menschen die Wohnfähigkeit zurückzugeben, müssen auch die Rahmenbedingungen stimmen. Ohne eine tiefgreifende bauliche und städtebauliche Verbesserung und eine intensive soziale Betreuung werden die Quartiere immer soziale Brennpunkte bleiben.

In Mundenheim gibt es bereits ein Haus der Begegnung. Bringt das etwas?

Das läuft gut. Zum einen bieten wir den Bewohnern in dem Treffpunkt Unterstützung und Beratung bei den unterschiedlichsten Problemen und Fragen, zum anderen wollen wir sie darin unterstützen, ihre Interessen selbst zu vertreten und Verantwortung zu übernehmen.



Die Wohnblöcke in der Bayreuther Straße sollen nach dem Willen des Stadtrats saniert werden.

ARCHIVFOTOS: KUNZ

In der Bayreuther Straße haben Sie auch schon seit vielen Jahren einen Treff etabliert, und zudem wollen Sie den ehemaligen Kiosk reaktivieren. Was haben Sie da im Sinn?

Durch die Schließung des Kiosks oder besser des Tante-Emma-Ladens ist für die Bewohner nicht nur die Möglichkeit weggefallen, sich vor Ort mit

dem Nötigsten zu versorgen, was gerade für die weniger mobilen Menschen wichtig ist. Es war auch ein Ort sozialer Interaktion. Dies wollen wir wieder reaktivieren, aber nicht nur für, sondern gemeinsam mit den Bewohnern. Das Gebäude muss renoviert werden, wobei alles, was nicht durch Fachfirmen gemacht werden

muss, wie zum Beispiel Stromleitungen, Wasser und so weiter, von den Bewohnern selbst gemacht werden kann. Wir könnten uns zum Beispiel ein Café vorstellen, das auch mithilfe der Bewohner betrieben wird, oder auch wieder einen kleinen Tante-Emma-Laden.

| INTERVIEW: CHRISTIANE VOPAT

ZUR SACHE

Konzepte für Mundenheim-West

Sozialdezernentin Beate Steeg (SPD) zufolge haben bisher mehrere Abstimmungsrunden für die geplante Sanierung stattgefunden. Einen Zeitplan gebe es jedoch nicht. Für die Einweisungsgebiete Bayreuther- und Kropsburgstraße habe das Gebäudemanagement im Rathaus für verschiedene Varianten Kostenkalkulationen durchgeführt. Die Gebäude im Einweisungsgebiet Bayreuther Straße sollen nach einer Empfehlung des Gebäudemanagements saniert werden, weil die Bausubstanz das zulasse. Diese Obdachlosenwohnungen sollen mit Zentralheizung, Bädern in den Wohnungen und einer Wärmedämmung ausgestattet werden. Das Einweisungsgebiet Kropsburgstraße soll dagegen nach und nach abgerissen werden, informiert Steeg weiter. Auf dem Gelände sollen stattdessen neue Sozialwohnungen entstehen. „Diese baulichen Überlegungen stehen auch unter der Überschrift ‚Dezentralisierungsmodell‘ und sind auf einen längeren zeitlichen Horizont ausgerichtet“, so Steeg. Gleichzeitig erarbeite die Verwaltung gerade ein Sozialkonzept für Wohnungslose und für Menschen, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind. In erster Linie stehen dabei nach Angaben Steegs Menschen mit körperlichen, geistigen und seelischen Behinderungen und mit besonderen Schwierigkeiten und einem individuellen Unterstützungsbedarf im Fokus. Zentral ist dabei für die Verwaltung, dass diese Menschen nicht in eine chronische gesundheitliche und wirtschaftliche Armutslebenslage geraten. Vielmehr sollen die Bedürftigen wieder in normale Wohnverhältnisse integriert werden. Über die Entwicklung in beiden Einweisungsgebieten wie auch über das Sozialkonzept will die Sozialdezernentin im Sozialausschuss berichten. Rund 18 Millionen Euro müssten nach einer Schätzung des Gebäudemanagements vom Jahresanfang in die Sanierung investiert werden. Ein Sanierungs- wie Sozialkonzept für den Brennpunkt hatten CDU und SPD im Stadtrat bereits im April 2017 gefordert. |evo